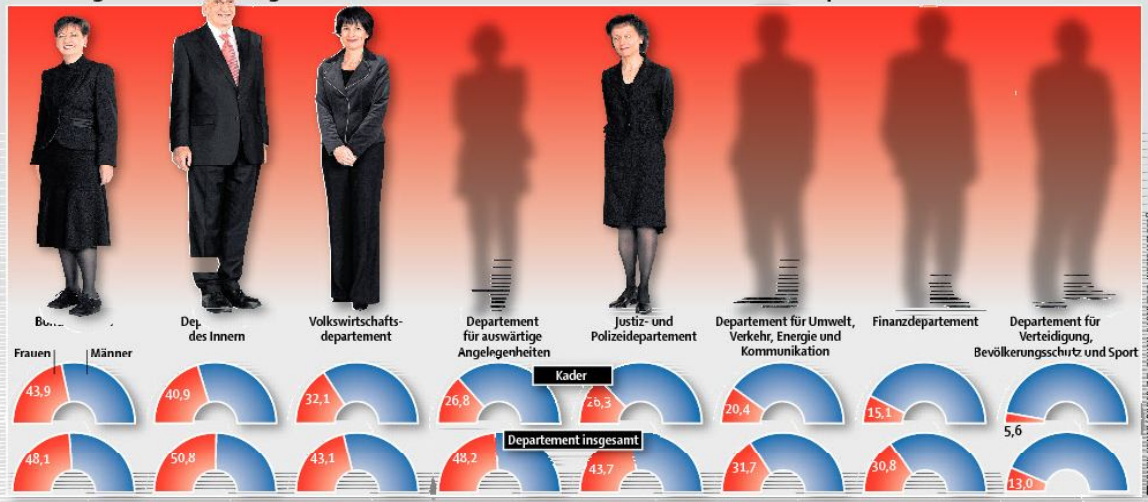


## Chancengleichheit: Insgesamt arbeiten viele Frauen beim Bund, beim Kader hapert es noch



### ARBEITGEBER BUND

# Wenig Frauen in Kaderpositionen

**Bundesrat Merz lässt in seinem Departement wenige Frauen ans Rudern. Gesamthaft ist beim Bund aber der Anteil der Frauen im Kader leicht angestiegen. Noch immer benachteiligt werden Frauen bei Erfolgspremien.**

Ausgerechnet beim obersten Personalverantwortlichen, Finanzminister Hans-Rudolf Merz, ist der Anteil Frauen im Kader weit unter dem Durchschnitt. Lediglich 15,13 Prozent des Kaderns ab Lohnklasse 24 sind weiblich. Angestellte dieser Stufe beginnen mit einem Monatslohn von 510 Franken (Uniabgänger mit Master) und können nach rund 19 Jahren Berufserfahrung bei einem maximalen Monatslohn von 10860 anlangen.

#### Auf 22 Prozent

Damit hat der aktuelle Bundespräsident als einziger Departementsvorsteher einen Rückschritt gemacht beim Frauenan-

teil. Und es war Finanzminister Hans-Rudolf Merz, der sich nach seiner Wahl in den Bundesrat damit brüstete, sich für Frauenanliegen speziell stark einzusetzen. Noch schlechter schneidet nur das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) ab, was sich jedoch weitgehend strukturell erklären lässt. Das VBS betont, dass zu berücksichtigen sei, dass im militärischen Berufspersonal auf Grund der Notwendigkeit einer militärischen Ausbildung der Frauenanteil lediglich 2,5 Prozent beträgt. Daraus erkläre sich der tiefe Satz von 5,63 Prozent.

Gesamthaft ist der Anteil der Frauen im Kader um 1,4 Prozent angestiegen und beträgt inzwischen 22,2 Prozent, deutlich unter dem vom Bundesrat festgelegten Sollwert von 33 Prozent.

Werden die traditionellen Männerberufe in den Bereichen Verteidigung und Grenzschutz von der Berechnung ausgeschlossen, beträgt der Frauenanteil in der Bundesverwaltung insgesamt aber 41,9 Prozent. Besonders enttäuscht ist Christof

Jakob, Sekretär bei der Gewerkschaft VPOD, über das Abschneiden von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf. Er hat das umfangreiche statistische Material des eidgenössischen Personalamtes auf die Chancengleichheit von Mann und Frau ausgewertet – das bereits zum dritten Mal. «Obwohl eine Frau an der Spitze des Departements ist, konnte Widmer-Schlumpf bisher keine Akzente bei der Gleichstellung zu setzen», kritisiert Jakob.

#### Teilzeitanstellungen

Zudem ist das Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) das einzige Departement, das bei den Teilzeitanstellungen Rückschritte gemacht hat. Auch insgesamt sind beim Bund im Bereich der Teilzeitanstellungen im letzten Jahr kaum Verbesserungen zu verzeichnen. Insgesamt stieg deren Anteil im vergangenen Jahr lediglich um 0,2 Prozent. Am besten in diesem Bereich schneidet noch Moritz Leuenberger mit seinem Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

(Uvek) ab, das den Anteil um 1,53 Prozent steigern konnte. Die Informationschefin des EJPD, Brigitte Hauser-Süss, bestreitet diesen Rückgang nicht, versucht aber die Aussagekraft zu relativieren: «Der Anteil Teilzeitstellen ist im interdepartementalen Vergleich mit 40 Prozent jedoch hoch.» Für Widmer-Schlumpf sei die Chancengleichheit ein wichtiges Anliegen.

#### Weniger Prämien

Auffällig an der Auswertung des Verbandes des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) ist zudem, dass die Leistungen der Frauen nach wie vor schlechter bewertet werden als diejenigen der Männer. Nur gerade 16,8 Prozent der Frauen bekamen eine sehr gute Beurteilung, bei den Männern sind es über 20 Prozent. Noch drastischer zeigt sich die unterschiedliche Behandlung bei den Erfolgspremien. Frauen bekamen im vergangenen Jahr durchschnittlich fast 35 Prozent weniger Prämien als ihre männlichen Kollegen. Diese ganierten durchschnittlich 656 Franken, die Frauen lediglich 427 Franken.

Auch in diesem Bereich steht das EJPD schlecht da, mit dem zweitletzten Rang.

Jakob erklärt sich diese markanten Unterschiede auch damit, dass die Männer sich besser verkaufen könnten. Nicht gelten lässt er das Argument, dass die Männer tendenziell länger im Amt seien und daher am Ende der Lohnskala öfter in den Genuss von solchen Bonifikationen: «Einsatzprämien honorieren besondere Leistungen. Für diejenigen, die im Lohnmaximum sind, gibt es die Möglichkeit von speziellen Anerkennungsprämien.»

#### Vorbild Leuthard

Am besten schneidet bei der Chancengleichheit die Bundeskanzlei ab. Bei den Departementen mache dasjenige von Bundesrätin Doris Leuthard die grössten Fortschritte, hat Jakob festgestellt. Dies sei auch dem systematischen Controlling im EVD zu verdanken. Zudem strahle die Departementsvorsteherin immer wieder deutliche Signale in Richtung Chancengleichheit aus. **REGOR POLETTI**

## In Kürze

### HARMOS

#### Ab 1. August in Kraft

Am Nationalfeiertag ist es so weit: Das Schulharmonisierungsprojekt HarmoS tritt auf den 1. August in Kraft. Ab dann gilt das umstrittene Konkordat in jenen zehn Kantonen, die es angenommen haben. Fünf Kantone haben bis heute einen Beitritt abgelehnt. Für die Umsetzung der HarmoS-Inhalte gilt eine Übergangsfrist von sechs Jahren. Im Konkordat ist festgeschrieben, dass zehn Kantone beitreten müssen, damit es in diesen in Kraft treten kann. Als zehnter Kanton war am 6. April das Tessin definitiv beigetreten. **sda**

### ARMEE

#### Korrektes Tenü im Ausgang

«Die Schweizer Milizarmee darf und soll, in korrektem Tenü, sichtbar sein.» So lehnt der Bundesrat eine Motion ab, mit der Nationalrat Hans Widmer (SP, LU) die Abschaffung der Uniformpflicht im Ausgang verlangt. Für den Bundesrat stellt der «sichtbare Bürger in Uniform» in der Milizarmee «einen nicht zu unterschätzenden Wert» dar. **sda**

### ANGSTBAROMETER

#### Wert markant gesunken

Die Bevölkerung zeigt sich unbeeindruckt von Bedrohungslagen: Im letzten Herbst fühlte sich die Bevölkerung so wenig bedroht wie seit 1995 nicht mehr. Die Finanzkrise war aber zum Zeitpunkt der Umfrage noch kaum in den Köpfen angekommen. Das Angstbarometer des Forschungsinstituts gfs-zürich zeigte nach einer Umfrage im Spätherbst 2008 einen Wert von 4,5 auf einer Skala von 1 bis 10, wie gfs-zürich gestern mitteilte. Bei der letzten Ausgabe zeigte das Barometer im Jahr 2006 einen markant höheren Wert von 5,4. **sda**

### LIBYEN

#### Situation völlig blockiert

Die Situation um die zwei seit zehn Monaten in Libyen festgehaltenen Schweizer ist offenbar völlig blockiert. Einer der beiden, der für die ABB-Gruppe arbeitet, sei vollkommen deprimiert, sagte ABB-Finanzchef Michel Demaré am Donnerstag im Westschweizer Donner RSR. Die bisherigen diplomatischen Bemühungen der Schweiz hätten zu nichts geführt. Und niemand wisse derzeit, wohin die Affäre noch führe. Dies mache dem in der Schweizer Botschaft in Tripolis blockierten Mitarbeiter zu schaffen, sagte das Kadernmitglied des schweizerisch-schwedischen Elektrotechnik Konzerns weiter. **sda**

### BUNDES-RAT

#### Weiterhin Beiträge an OECD

Der Bundesrat ist dagegen, aus Protest die nicht obligatorischen Beiträge der Schweiz an die OECD zu streichen. Die Schweiz würde damit an Einfluss in der Organisation verlieren, hält er in der Antwort auf eine Interpellation aus dem Ständerat fest. **sda**

### DEUTSCHER FINANZMINISTER STEINBRÜCK

# Was man ihm alles «an den Hals hetzt»

**Für seine Sticheleien erntet der deutsche Finanzminister von allen Seiten Kritik, jetzt sogar aus Burkina Faso. Steinbrück kontert.**

Luxemburgs Aussenamtschef Jean Asselborn bezeichnete das Verhalten des deutschen Finanzministers Peer Steinbrück gestern als «ungeschickt, aggressiv und herablassend». Der Finanzminister hatte Nachbarländer Deutschlands wegen ihrer Steuerpolitik in einem Atemzug mit Ouagadougou, der Hauptstadt von Burkina Faso, genannt. Asselborn warf ihm «Bier-tischniveau» vor.

Peer Steinbrück selbst verteidigte seine mitunter wenig diplomatische Wortwahl. Politiken werde ständig vorgeworfen, sich nur langweilig und inhaltsleer zu äussern, sagte der

Finanzminister. Wenn man wie er häufiger auch etwas «bunter» rede, sei es aber auch wieder nicht recht.

Für seine nicht ganz ernsthaft gemeinte Bemerkung in Brüssel werde ihm nun sogar der Botschafter von Burkina Faso «an den Hals gehetzt». Der Botschafter



Peer Steinbrück

ter Xavier Niodogo sagte dem Online-Dienst der «Süddeutschen Zeitung»: «Unsere Regeln entsprechen ganz und gar den internationalen Ansprüchen. Wir werden Herrn Steinbrück um eine Erklärung bitten, warum er Burkina Faso in diesem Zusammenhang erwähnt hat – und gegebenenfalls eine Entschuldigung verlangen.»

In Berlin wiesen die Unionsparteien als Regierungspartner der SPD ebenso wie die oppositionellen Freidemokraten die Äusserungen Steinbrücks zurück, als der Bundestag gestern ein Gesetz gegen Steueroasen beriet. Bundeskanzlerin Angela Merkel müsse hier Einhalt gebieten.

Steinbrück konterte, es gebe Staaten, die nicht nur «billigend in Kauf nehmen, sondern vorzüglich dazu einladen, dass deutsche Steuerzahler ihr Geld

dorthin transferieren, in der klaren Absicht, hier Steuerhinterziehung und Steuerbetrug zu betreiben». Der Finanzminister

fügte hinzu: «Ich behaupte, dass das im Fall der Schweiz ganz klar der Fall ist, im Fall von Liechtenstein auch.» **DPA**

### PAUSCHALBESTEUERUNG

#### Teil einer Steueroase?

Der Bundesrat ist nicht bereit, die Abschaffung der Pauschalsteuer in internationale Verhandlungen über Steueroasen einzubringen. Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer (SP, BL) hatte in einer Motion festgehalten, dass die Pauschalbesteuerung reicher Ausländer der Steuergerechtigkeit widerspreche und den Ruf der Schweiz als Steueroase festige. Der Bundesrat müsse hier präventiv handeln, forderte sie. Der Bundesrat erinnert daran,

dass das Parlament eine Verschärfung oder Abschaffung der Pauschalsteuer bereits mehrmals abgelehnt habe. Die Aufwandbesteuerung dränge sich aus praktischen Gründen auf, sie könne zwar attraktiv sein, sei aber weit entfernt von der Praxis einer Steueroase. Bund und Kantone hätten im internationalen Steuerwettbewerb ein berechtigtes Interesse an dieser Besteuerung hochmobiler ausländischer Personen. **sda**